

Die Landschulen - Stiefkinder der Kreisleitung?

Bei der Erneuerung unseres Bildungs- und Erziehungswesens, das sich die Hebung der Allgemeinbildung unseres Volkes und die Erziehung aufrechter Patrioten zum Ziel setzt, ergeben sich auf dem Dorfe Aufgaben besonderer Art, denen die Partei große Aufmerksamkeit zuwandte.

Als Erbe der feudal-kapitalistischen Vergangenheit zeigte sich eine Kluft zwischen dem städtischen und dem ländlichen Schulwesen, die einer Vermittlung ausreichender Kenntnisse und einer fortschrittlichen Erziehung auch der Dorfjugend hindernd im Wege stand. Im kapitalistischen Staat war die einklassige Schule, in der die Kinder der acht Pflichtschuljahrgänge in einem kleinen Raum gleichzeitig unterrichtet wurden, typisch für das Schulleben der Kinder der landarmen Bauern und der Landarbeiter.

Die Bemühungen unserer Partei waren von Anfang an darauf gerichtet, auch für das Land die voll ausgebaute Grundschule mit ihren acht aufsteigenden Klassen zu entwickeln. Es gelang, die Zahl der einklassigen Schulen von 4200 auf 254 zu vermindern. Viele Genossen waren sich jedoch nicht darüber im klaren, daß dies auf keinen Fall schematisch und überspitzt geschehen dürfe. Den Kräften, die sich dem Ausbau der Landschulen entgegenstellten, standen jene gegenüber, die ohne Rücksicht auf die baulichen und personellen Verhältnisse und ohne Beseitigung der Transportschwierigkeiten, die Mehrgliederung der Landschule durchführten. Die Kreisleitungen der Partei und auch die Genossen in den Grundorganisationen des Dorfes haben hierbei nicht immer ihre Aufgabe erkannt. Sie haben in vielen Fällen den rückschrittlichen Kräften nachgegeben, und es auch ebenso häufig daran fehlen lassen, einer administrativen und formalen Regelung der Landschulfrage entgegenzutreten. So mußten z. B. die neunzehn Kinder sämtlicher Schuljahrgänge von Miltitzwalde, Kreis Demmin/Mecklenburg noch täglich einen Schulweg von 7 km nach Altrepow zurücklegen. Hier ist es nicht einmal gelungen, das im Ort gelegene Schulhaus für seinen eigentlichen Zweck frei zu machen. In der Entschließung der 4. Tagung des Zentralkomitees heißt es u. a.: „Ferner... sind alle für schulfremde Zwecke verwendeten Schulräume, auch Turnhallen und Sportanlagen, entsprechend dem Jugendgesetz freizumachen.“ Wann gedenken die verantwortlichen Genossen unserer Partei diese Forderung zu erfüllen?

In Thiessow/Rügen wurden die Schüler der oberen Jahrgänge an die Zentralschule Gager überführt. Den Eltern wurden zwar Versprechungen hinsichtlich der Überwindung der Transportschwierigkeiten gemacht (Wegstrecke 4,5 bis 6 km), doch bis heute nicht eingehalten.

Die Gleichgültigkeit der Kreisleitung der Partei und des Genossen **Kreisschulrats** gegenüber den Landschulfragen zeigt sich auch im Lande Brandenburg unter anderem im Ort Altbamim, wo seit Beginn dieses Schuljahres die Kinder täglich 12 bis 15 km zurücklegen müssen, um die Zentralschule Neutrebbin aufzusuchen.

Diese Beispiele zeigen, daß verschiedene Grundorganisationen und Kreisleitungen unserer Partei noch immer nicht die in der Entschließung »Die nächsten Aufgaben der allgemeinbildenden Schule« enthaltene Forderung erfüllt haben:

»Die Festigung der Zentralschulen ist von entscheidender Bedeutung für die Hebung des Bildungsniveaus der Landkinder. Die Zentralschulen sind unter Berücksichtigung der Wege und Transportverhältnisse sowie der Raumfrage zu überprüfen. Überspitzungen bei der Schaffung von Zentralschulen und Zentralschulverbänden sind zu beseitigen.«

Es besteht kein Zweifel, daß es sich in den vorliegenden Fällen um Überspitzungen handelt, die recht schnell ausgeglichen werden sollten. Alle Parteiorganisationen sind verpflichtet, die Beschlüsse der Partei konsequent durchzuführen. Die Anleitung und Kontrolle übernehmen dabei die Kreis- und Landesleitungen, und das ist hier versäumt worden. Sie sollten sich auch darum kümmern, daß der Transport zu den Zentralschulen nach Möglichkeit gesichert wird, denn die Genossen müssen erkennen, daß sich durch die verbesserte Schulgliederung die Leistung der Schüler wesentlich erhöht. Dies zeigt zum Beispiel das neu geschaffene Schulkombinat Schönborn-Seifersbach, wo alle Kinder aus einer schwach besetzten 7stufigen Schule und einer zurückgebliebenen 4stufigen Schule aus zwei Dörfern in einem aufsteigenden Klassenunterrichtssystem von 8 Schuljahren unterrichtet werden. Die Vorzüge dieser Schulorganisation lassen sich an dem erhöhten Niveau des Unterrichts, an besseren Schulnoten usw. nachweisen.

Es darf jedoch nicht übersehen werden, daß sich angesichts der gegenwärtigen Möglichkeiten dieser Zustand nicht überall von heute auf morgen erreichen läßt. Hierbei ist auch die Frage der Schaffung kleiner Lehrerwohnungen von Bedeutung. Man darf sich über das Bestreben vieler Landlehrer, in die Stadt zu kommen oder gar aus dem Beruf auszusteigen, nicht wundern, wenn ihren bescheidensten Wohnbedürfnissen im Schulort nicht Rechnung getragen wird. Der Lehrer Max Ristow, Neukalen, bewohnte noch mit Ablauf des vergangenen Jahres mit Frau, Kind und einer älteren Verwandten ein einziges WulvArbeits- und Schlafzimmer.

(Was hat die Kreisleitung Malchin, Mecklenburg, hier getan, um die Kulturverordnung unserer Regierung zu erfüllen? Die Redaktion)

Gerade in dieser Frage, aber auch in der Frage des Schulraums, spielt die lokale Initiative eine große Rolle.

Besonders kraß tritt die mangelnde örtliche Initiative in dieser Frage im Kreise Templin in Erscheinung. Weder der Kreisleitung der Partei noch dem Genossen Kreisschulrat gelang es, die mehrfach in der Presse signalisierten Verhältnisse vieler Landschulen zu verbessern, obwohl schon seit zwei Jahren über diese Frage diskutiert wird. Es wäre notwendig, daß die Kreisleitung der Partei die in diesem Zeitabschnitt gefaßten Beschlüsse zur Verbesserung des Schulwesens im Kreise auf ihre Durchführung besser kontrollieren würde.

Ein gutes Beispiel der anleitenden und helfenden Arbeit der Partei zur Verbesserung des Unterrichts und der Arbeit der Lehrer gibt der Arbeitsplan der Kreisleitung der SED Osterburg (Sadisen-Anhalt). In diesem Arbeitsplan, der der Realisierung der Entschließung des 4. Plenums des Zentralkomitees dienen soll, stellen sich die Genossen die Aufgabe, die Parteiarbeit in den Schulen und die Arbeit der Genossen in der Gewerkschaft »Unterricht und Erziehung* grundlegend zu verbessern, eine planmäßige Arbeit der Kaderentwicklung einzuleiten und durch ideologische Höherentwicklung der Arbeitsgemeinschaftsleiter die Lehrerausbildung und Lehrerweiterbildung zu fördern. Sie gaben eine gute Anleitung für die Durchführung der Fördermaßnahmen gegen das Sitzenbleibertum und für die Auswertung guter und schlechter Beispiele der Schularbeit. Der Förderung des Landschulwesens, der Zusammenarbeit mit den demokratischen Organisationen und dem Elternhaus wird ebenso Aufmerksamkeit gewidmet wie der Entfaltung der örtlichen Initiative in den Gemeinden des Kreises.

(Der Arbeitsplan der Kreisleitung Osterburg ist hier als gutes Beispiel erwähnt. Wie wurde der Plan verwirklicht? Die Redaktion)